

Rückblick 2011: Denn sie tun nicht, was sie wissen ...

von Friedhelm Stodieck

Weiter so ist keine Option! Das postulierte im Jahr 2008 der Weltagrarbericht. »Wir haben es satt!« macht daraus das aus circa 30 Organisationen bestehende Bündnis »meine-Landwirtschaft.de« und ruft gemeinsam mit weiteren etwa 90 Gruppierungen Anfang 2011 zu einer Demonstration »gegen Gentechnik, Tierfabriken und Dumping-Exporte« und für eine Wende in der Agrar- und Ernährungspolitik nach Berlin auf.¹ Dem Aufruf folgen über 20 000 Teilnehmer und sind damit ein erster Beleg für eine Entwicklung, die das ganze Jahr kennzeichnet: 2011 werden die Stimmen zahlreicher und lauter, die »es satt haben«, machen sich immer mehr Gruppen und Organisationen der Zivilgesellschaft für eine andere Agrar- und Ernährungspolitik stark, während das agrarindustrielle System immer offenkundiger an Grenzen der eigenen Entwicklung stößt. An den Nichtregierungsorganisationen (NGOs) führt seitens der Politik kein Weg mehr vorbei. Ihre Kritik am herrschenden Agrar- und Ernährungssystem und die vorgeschlagenen Lösungswege finden sich mittlerweile auch in den Medien und auch Vertreter der Agrarindustrie erkennen die Notwendigkeit des Dialogs und geben sich manchmal überraschend einsichtig.

So titelte im Oktober beispielsweise top agrar, »das Magazin für moderne Landwirtschaft«, eher ungewöhnlich mit der Erkenntnis: »Größe ist nicht alles«. In den letzten Jahrzehnten habe es für die Betriebe nur eine Richtung gegeben: »Immer größer und immer spezialisierter«. Das sei zwar meistens auch »richtig gewesen« und entspräche auch der Grundhaltung dieses Magazins, aber jetzt gebe es »das Problem: Die Strategie stößt angesichts der heutigen Größe vieler Betriebe zunehmend an Grenzen, weil Fläche, Kapital oder die geeigneten Mitarbeiter fehlen oder die Nachbarn gegen weitere Ställe und Biogasanlagen vor ihrer Haustür Sturm laufen. Irgendwann sind die Größenvorteile ausgeschöpft«. Davon berichtet auch ein niederländischer 1 000-Sauen-Halter, Vorsitzender der niederländischen Schweinehalterorganisation NVV, auf der Mitgliederversammlung der Abl. Sein Verband sieht die Grenzen der industriellen Schweineproduktion erreicht und fordert und propagiert eine Marktregulierung durch eine aktive Mengensteuerung in Erzeugerhand, um einen auskömmlichen Preis zu erzielen.

Die zunehmend mangelnde Akzeptanz in der Gesellschaft für bestimmte Produktionsverfahren oder Formen der Tierhaltung führt dazu, dass immer mehr Konzerne und Unternehmen der Verarbeitungsbranche, aus der Agrarindustrie aber auch dem Lebensmitteleinzelhandel den Kontakt zu den NGOs suchen (müssen) und zum Teil konkrete Kooperationen/Vereinbarungen eingehen. Es ist etwas in Bewegung geraten.

**»Wir haben es satt!« –
Großdemo in Berlin**

**top agrar:
»Größe ist nicht alles«**

EU-Kommission legt Reformpaket vor

Von zentraler Bedeutung für die Zukunft der europäischen Landwirte wie aber auch der Bauern und Bäuerinnen in den sogenannten Entwicklungsländern ist die EU-Agrarreform. Am 12. Oktober 2011 legt der EU-Agrarkommissar Dacian Cioloș die Vorschläge für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) nach 2013 vor. Im Mittelpunkt des Reformpaketes stehen das »Greening«, das heißt die Bindung der Direktzahlungen an ökologische Standards bei der Fruchtfolge, dem Erhalt von Dauergrünland und ökologischer Vorrangflächen sowie eine Staffe lung und Obergrenze der Basisprämien mit Berücksichtigung der tatsächlich vorhandenen Arbeitskräfte. Daneben setzt die Kommission aber noch weitere Signale. So schlägt sie beispielsweise die Stärkung der Position von Erzeugergemeinschaften und Branchenverbänden vor, spricht sich für Sonderzahlungen an Junglandwirte aus, will Gelder zukünftig nur noch »aktiven Landwirten« gewähren und an Exportsubventionen festhalten (eine ausführliche Darstellung der EU-Vorschläge findet sich in dem Beitrag »Die Chancen nutzen!« in diesem Kapitel).

**Agrarreform:
grüner und gerechter?**

Erster Schritt in die richtige Richtung

Aus den Reihen der NGOs, dem AgrarBündnis oder der »Verbände-Plattform«, einem Zusammenschluss von circa 30 Gruppen und Organisationen der Zivilgesellschaft,² werden die Kommissions-Vorschläge überwiegend als »ein Schritt in die richtige Richtung« bewertet, zumal sie wichtige Forderungen der Verbände aufgegriffen sehen. Das gilt insbesondere für den Kern dieser Reform, die Direktzahlungen an bestimmte ökologische (Greening) und soziale Kriterien (Staffelung und Faktor Arbeit) zu binden. Die konkrete Ausgestaltung einzelner Maßnahmen und Instrumente wird dann aber als »halbherzig« oder »weit hinter dem Notwendigen zurückgeblieben« bezeichnet. Und scharf kritisiert wird beispielsweise die anhaltende Exportorientierung oder das gänzliche Fehlen von Aussagen zum Tierschutz.

Gute Ansätze ...

Positive Vorrangfläche

Als »deutlich positiv« wird der Vorschlag zur Einführung der sieben Prozent ökologischer Vorrangflächen gesehen, die einen wichtigen Beitrag zum Schutz der biologischen Vielfalt und der Umwelt leisten sollen, auch wenn die Verbände zehn Prozent fordern, um das von der EU selbst gesetzte Ziel, den Rückgang der Artenvielfalt zu stoppen, zu erreichen. Bei den Vorschlägen zur Fruchtfolge und zum Grünlanderhalt sei die Kommission jedoch weit hinter dem Notwendigen zurückgeblieben. Hier habe der Widerstand aus Bauernverbänden und Agrarindustrie seinen Niederschlag gefunden, erklären die Verbändevertreter.

Zu viel Mais in der Fruchtfolge

Die Fruchtfolge-Anforderung, bei der eine Frucht wie Mais weiterhin bis zu 70 Prozent der betrieblichen Ackerfläche ausmachen kann, ist aus Sicht der Verbände nicht geeignet, den Trend zu Mais-Monokulturen zu bremsen. Auch fehlt den Verbänden die Vorgabe, einen Mindestanteil der Ackerfläche mit heimischen Leguminosen zu bestellen, um so zu einem ökologisch nachhaltigen Anbausystem zu kommen und eine europäische Eiweißstrategie zu entwickeln.

**... halbherzige
Ausgestaltung**

Grünlandumbruch verhindern

Bei der dritten Anforderung, Wiesen und Weiden (Dauergrünland) zu erhalten, kritisieren die Verbände, dass die Kommission mit dem Referenzjahr 2014 einen Zeitpunkt in der Zukunft vorschlägt. Die Verbände fordern die Bundesregierung und Bundesländer auf, mit klaren Vorgaben zu verhindern, dass es im Vorfeld des Referenzjahres 2014 zu einem systematischen Grünlandumbruch kommt.

Arbeit positiv berücksichtigt

Ausdrücklich begrüßt wird, dass die Kommission die Direktzahlungen pro Betrieb und Jahr in der Höhe begrenzen (Obergrenzen) und dabei durch den Bezug zur tatsächlich eingesetzten Arbeitskraft arbeitsintensive Bereiche wie Milchvieh, Gemüseanbau oder ökologischen Landbau positiv berücksichtigen will.

Fatale Exportorientierung

Geradezu fatal ist es, dass die EU-Kommission als ein Ziel der EU-Agrarpolitik aufgenommen hat, der europäischen Agrar- und Ernährungsindustrie Marktanteile an den internationalen Agrarmärkten zu sichern und sich nicht in einem eigenen Kapitel mit der internationalen Verantwortung der eigenen Agrarpolitik auseinandersetzt. Die EU ist bereits Netto-Importgebiet von Lebens- und Futtermitteln. Die Exportorientierung und -strategie der EU-Agrarwirtschaft basiert also auf der entwicklungspolitisch und ökologisch unverantwortlichen Inanspruchnahme außereuropäischer Ressourcen. Gleichzeitig untergräbt sie die für die Ernährungssicherung der Weltbevölkerung dringend notwendige Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft auch in Entwicklungsländern, wie sie auch vom Weltagrarbericht eindringlich eingefordert wird.

**Entwicklungspolitisch
und ökologisch
unverantwortlich**

Forderung zur Zweiten Säule umgesetzt

Mit Blick auf die Zweite Säule der EU-Agrarpolitik, der Förderung der Ländlichen Entwicklung, geht die Kommission auf eine wichtige Forderung der Verbände ein, indem sie vorschlägt, dass die Mitgliedsstaaten mindestens 25 Prozent der EU-Mittel in der Zweiten Säule für Agrarumweltmaßnahmen und benachteiligte Gebiete einsetzen müssen.

Tierschutz nicht berücksichtigt

»Entsetzt« und »enttäuscht« reagierten Tierschützer auf die Vorschläge. Nicht nur, dass keinerlei neue Maßnahmen zum Tierschutz in dem Reformpaket auftauchen, bestehende sollen sogar zurückgenommen werden. So soll beispielsweise der Artikel 68, durch den Förderung von Tierschutzmaßnahmen bisher auch innerhalb der Betriebsprämienzahlungen (Erste Säule) möglich war, ersatzlos gestrichen werden. Andere Tierschutzmaßnahmen aus der Zweiten Säule der Agrarförderung werden im vorliegenden Entwurf so weit verwässert, dass sie für die Praxis kaum noch Relevanz haben.

**Tierschutz
verwässert**

Deutsche Regierung blockiert

Dass die konkrete Ausgestaltung der Kommissionsvorschläge häufig zu »zaghaft« ausgefallen ist, hängt auch und maßgeblich mit der Position der Bundesregierung respektive des Bundeslandwirtschaftsministeriums zusammen. Mit Blick auf die notwendigen Änderungen in der EU-Agrarpolitik betreiben sie eine »Blockadepolitik«, heißt es beim Anbauverband Naturland.

Überraschende Unterstützung

Unterstützende Worte für eine Neuausrichtung der Landwirtschaft und der Agrarpolitik kommen auch von ungewohnter Seite. Mit Blick auf den Klimawandel ist von der Beseitigung schädlicher Anreize durch die Agrarpolitik sowohl in Industrie- als auch in Entwicklungsländern und Umstellung der Subventionen an Betriebe auf Leistungen für öffentliche Güter in einem Papier der Deutschen Bank zu lesen.³ Es sollen Anreize für klimaschonende Agrarpraktiken durch Verknüpfung mit »Co-Benefits«, zum Beispiel Zahlungen für Umweltleistungen, eingeführt werden. Diese vielfältigen Co-Benefits derartiger Praktiken (wie zum Beispiel dem Leguminosenanbau) in Bezug auf die Bodengesundheit, Wasser- und Luftqualität, Lebensräume für Tiere etc. können helfen, breite politische Unterstützung zu gewinnen und neue Personengruppen zusammenzubringen, die ein Interesse an klimaschützenden Maßnahmen

haben: Bauern, Umweltschützer, Politiker, Konsumenten sowie die Agrarwirtschaft und die Lebensmittelindustrie. Im Klimawandel liegt also gleichermaßen ein Zwang als auch die Chance zur breiten Umsetzung bewährter Ansätze für eine auf dem Ökosystem basierende, nachhaltige landwirtschaftliche Produktion, heißt es in dem Papier.

Und einen direkten Bezug zu den Reformvorschlägen zur GAP stellt die CDU-Fraktion im brandenburgischen Landtag her, wenn ihr Vorsitzender sagt, die »vorgeschlagene Degression und Deckelung der Direktzahlungen unter Berücksichtigung objektiver Kriterien der Beschäftigung entspricht dem Auftrag des Europäischen Parlaments an die Kommission vom vergangenen Juni. Sie leistet einen Beitrag, dass die Zahlungen öffentlicher Gelder an die Landwirte weiterhin auf gesellschaftliche Akzeptanz stoßen und die bäuerliche Landwirtschaft gestärkt wird«.

**Bundesregierung
und Bauernverband
bremsen
Reformprozess**

In dem Prozess der Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik hat »Bundeslandwirtschaftsministerin Aigner die Rolle der Hauptbremserin übernommen« und gemeinsam mit Frankreich blockiert, kommentiert die rheinland-pfälzische Landwirtschaftsministerin Ulrike Höfken. Kanzlerin Merkel, Ministerin Aigner und der EU-Energiekommissar Oettinger haben nach Ansicht der AbL alles versucht, um die Reform auszubremsen. Sie sprechen sich strikt gegen die Berücksichtigung der Arbeit bei den Zahlungen aus und beharren darauf, die ökologische Konditionierung der Direktzahlungen nicht obligatorisch einzuführen, sondern über freiwillige Maßnahmen der Zweiten Säule abzuwickeln. Das würde jedoch die Umsetzung ökologischer Ziele in das Ermessen und die Beliebigkeit der Mitgliedsstaaten stellen und die finanzielle und konzeptionelle Eigenständigkeit der Zweiten Säule zerstören. Unterstützung findet die Blockadehaltung durch den Deutschen Bauernverband (DBV), der beispielsweise nicht müde wird, die vorgeschlagenen ökologischen Vorrangflächen als »Flächenstilllegung« zu bezeichnen.

Öffentliches Geld für öffentliche Leistungen

**Unterstützung
durch die
Agrarminister-
Konferenz**

Die Reform-Ansätze der EU-Kommission standen auch auf der Tagesordnung der Agrarminister-Konferenz (AMK) im Oktober. Deren Zusammensetzung hat sich 2011 insofern geändert, als infolge von Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz mit Alexander Bonde und Ulrike Höfken zwei Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen neu am Konferenztisch Platz nahmen. Beide hatten sich bereits im Rahmen ihrer jeweiligen Regierungsbildung zu den damals noch als Vorentwurf vorliegenden Cioloş-Vorschlägen geäußert und das Greening sowie eine Deckelung und den Arbeitsbezug begrüßt.

Von der AMK wird die Weiterentwicklung der EU-Agrarpolitik als »eine zentrale Aufgabe dieses Jahrzehnts« bezeichnet.⁴ Mit der gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013 muss »ein effizientes und gesellschaftlich akzeptiertes System der Agrarförderung« entwickelt werden. »Es gilt der Grundsatz: öffentliches Geld für öffentliche und gesellschaftlich erwünschte Leistungen«, so die Agrarminister-Konferenz. In den Kommissionsvorschlägen zur Ökologisierung sieht die Konferenz »wichtige und unterstützenswerte Schritte in die richtige Richtung«. Die Direktzahlungen sollen »noch stärker an konkrete Umweltleistungen geknüpft werden«.

Anforderungsprofil für Direktzahlungen

Um die Leistungen »einer umweltgerechten, wettbewerbsfähigen und von bäuerlichen Prinzipien getragenen Landwirtschaft« zu honorieren, schlägt die Agrarminister-Konferenz »folgendes ökologisches Anforderungsprofil für den Erhalt der Direktzahlungen« vor:

**Honorierung
ökologischer
Leistungen**

- In den Betrieben sind auf den Ackerflächen zur Erhaltung der Biodiversität und der Verbesserung des Bodenschutzes mindestens drei Hauptkulturarten, von denen keine überwiegen darf, anzubauen bzw. eine dreigliedrige Fruchtfolge im dreijährigen Rhythmus vorzunehmen.
- Jeder Betrieb, ausgenommen Betriebe mit Dauergrünland auf mehr als der Hälfte der landwirtschaftlich genutzten Fläche oder mit einer Ackerfläche von weniger als 15 Hektar, sollte von seiner Ackerfläche einen angemessenen Anteil, orientiert am Kommissionsvorschlag, als ökologische Vorrangflächen bereitstellen, wenn die nachfolgenden Maßnahmen angerechnet werden. Auf diesen Vorrangflächen soll eine besonders umwelt- und naturschutzgerechte landwirtschaftliche Nutzung stattfinden. Als Maßnahmen werden angerechnet:
 - Flächen mit Agrarumweltmaßnahmen – einschließlich Vertragsnaturschutz – und ökologisch bewirtschaftete Flächen,
 - Landschaftselemente wie z. B. Büsche und Hecken,
 - Gewässerrandstreifen und Flächen mit besonderen Schutzerfordernungen gemäß dem europäischen Recht zur Verbesserung der Wasserqualität (Wasserrahmenrichtlinie) oder nach dem europäischen Naturschutzrecht (Natura 2000),
 - sonstige Flächen, die in Maßnahmen des Umwelt- und Naturschutzes eingebunden sind,
 - alternativ dazu können Betriebe diese Bedingung erfüllen, indem sie auf 15 Prozent ihrer Ackerfläche Eiweißpflanzen oder deren Gemenge (Leguminosen) oder ökologisch vorteilhafte nachwachsende Rohstoffe, ausgeschlossen Mais, anbauen.
- Die Umwandlung von Dauergrünlandflächen sollte vom Grundsatz her ausgeschlossen werden. Dabei ist der gegenwärtige Status als Bezugszeitpunkt zugrunde zu legen.

Das Ziel der Kommission, als Voraussetzung der Gewährung der Ökologisierungskomponente drei europaweit anwendbare und kontrollfähige Maßnahmen vorzuschlagen, erachtet die Agrarminister-Konferenz »als nachvollziehbar«. Die Vorstellungen zur Stärkung der Erzeuger innerhalb der Lebensmittelkette werden von der Konferenz unterstützt. So weit das einstimmig getragene Protokoll. Einige Länder machten jedoch von der Möglichkeit einer Protokollergänzung Gebrauch. Beispielsweise lehnen darin die Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen Kappung und Degression der Direktzahlungen bedingungslos ab. Während die Länder Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz ihre Forderung nach einer sozial gerechten Verteilung der Direktzahlungen durch arbeitskraftbezogene Kappungs- und Obergrenzen bekräftigen, »sofern keine grundsätzliche Bindung der entsprechenden Fördermittel an die gesellschaftlichen und ökologischen Leistungen erfolgt«.

**Einige Länder
mit Sondervoten**

Ministerin lädt zum Dialog

Um herauszufinden, wie ein »gesellschaftlich akzeptiertes System der Agrarförderung« aussehen kann, wie die Agrar-, Ernährungs- und Verbraucherpolitik in Deutschland in Zukunft aussehen soll, initiierte Ministerin Aigner im Frühjahr 2011 einen mehrmonatigen Dialogprozess mit »gesellschaftlichen Gruppen und Multiplikatoren, die den öffentlichen Diskurs sowohl widerspiegeln als auch aktiv beeinflussen«⁵, zu denen beispielsweise auch das AgrarBündnis gehört. Repräsentativ ist die Auswahl jedoch nicht, da zum Beispiel für den Bereich Tierhaltung das Netzwerk »Bauernhöfe statt Agrarfabriken« nicht geladen ist. Am Ende des Prozesses soll eine vom Bundeslandwirtschaftsministerium erstellte »Charta für Landwirtschaft und Verbraucher« stehen, die Ministerin Aigner zur Grünen Woche im Januar 2012 vorstellen will. Bei der Abschlussveranstaltung des Dialogs im Oktober wurde deutlich, wie weit die Vorstellungen und damit auch die Erwartungen an die zukünftige Agrarpolitik auseinanderliegen. Während beispielsweise für Vertreter der Union und der FDP der Dialog die Bestätigung einer wettbewerbsorientierten Landwirtschaft brachte, sehen Vertreter der Opposition die Abkehr von der agrarindustriellen Nahrungsmittelherzeugung bestätigt. Ein Blick in die Auswertung des Dialogs kann jedenfalls wichtige Hinweise für die Ministerin geben. Einige wenige beispielhafte Auszüge:

**Kontroverse
Schlussfolgerungen**

- In der Bevölkerung, aber auch bei Genehmigungsbehörden stößt die Tierhaltung in großen Beständen zunehmend auf Kritik.
- Die Diskussion zeigt, dass insbesondere im Bereich der Schweine- und Geflügelhaltung Verbesserungsbedarf bei den derzeit verbreiteten Haltungsformen besteht.⁶
- Der Landwirtschaft wurde von vielen Teilnehmern implizit auch weiterhin eine Sonderrolle zugeschrieben, die eine gezielte Förderung rechtfertigt. Beihilfen sollten allerdings in Zukunft noch mehr als Kompensation für spezielle und verbindliche Leistungen im Bereich des Umwelt-, Natur- und Klimaschutzes (positive externe Effekte) gewährt werden.⁷
- Die Arbeitsgruppe Tierschutz kam zu dem Ergebnis, dass der Erhalt kleiner Betriebe durch spezifische Förderung, Beratung und Unterstützung und eine stärkere Berücksichtigung bei der GAP unterstützt werden sollte.
- In den ländlichen Gebieten der Entwicklungsländer lebt die überwiegende Mehrzahl der Armen und chronisch Unterernährten. Für sie bietet vor allem die Entwicklung der eigenen Landwirtschaft eine realistische Chance, dem Teufelskreis aus Hunger und Armut zu entkommen.⁸

**Gesellschaftliche
Sonderrolle
der Landwirtschaft
bestätigt**

Treffen der G20-Agrarminister

Worte gegen Spekulanten

Neben dem Dialogprozess zur Charta für Landwirtschaft und Ernährung findet sich in einer von Ministerin Aigner vorgelegten und zum Bereich Landwirtschaft 13 Punkte umfassenden Halbzeitbilanz an erster Stelle die G20-Agrarminister-Tagung im Juni in Paris. Dort wurde von den Agrarministern der 20 reichsten Industrie- und Schwellenländer ein Aktionsplan für mehr Transparenz auf den Rohstoffmärkten beschlossen, »um dem Missbrauch und der Manipulation von Agrarrohstoff-Preisen einen Riegel vorzuschieben«.

Business as usual ist keine Option

Studien fordern Umdenken bei Agrospritförderung

Für den Sonderbeauftragten der Vereinten Nationen für das Recht auf Nahrung, Olivier De Schutter, zeigt dieser Aktionsplan, »dass die Regierungen zu der Einsicht kommen, dass Business as usual nicht länger eine Option darstellt.«⁹ Der Aktionsplan geht jedoch nur die Symptome an, nicht die Ursachen. »Besonders enttäuschend« ist für ihn die Frage der Pflanzentreibstoffe behandelt. Es ist Konsens unter internationalen Institutionen, dass die Produktion von Pflanzentreibstoff und die damit verbundenen Landnutzungsänderungen eine der Hauptfaktoren des Preisanstiegs bei Grundnahrungsmitteln in den letzten vier Jahren waren. Zum G20-Treffen lag eine Reihe von Studien und Expertisen vor, die ein sofortiges Handeln nahelegen oder empfehlen. So forderte beispielsweise eine gemeinsame Studie von WTO, FAO, Weltbank und mehrerer UN-Organisationen die Einstellung aller staatlichen Subventionen für die Agrosprit-Produktion. Die OECD wies in einem gemeinsamen Report mit der FAO darauf hin, dass die derzeitigen Rekordpreise der Nahrungsmittelrohstoffe in absehbarer Zeit nicht zurückgehen werden. Und eine UNCTAD-Untersuchung zeigt, wie stark die Rohstoffmärkte inzwischen von Finanzinvestoren dominiert werden und dass der Anteil der Spekulation an den hohen Preisen teilweise bis zu 20 Prozent ausmacht.

Der Worte sind genug gewechselt

Wurzeln des Problems

Wenn jetzt die G20-Agrarminister »immer noch auf der Notwendigkeit von mehr Studien insistieren statt auf der Notwendigkeit, verzerrende Anreize und Subventionen abzuschaffen«, so zeigt das für de Schutter, »wie kommerzielle Interessen gegenüber den Belangen der Nahrungsmittelsicherheit triumphieren«. Irritiert zeigt er sich auch davon, »dass Pflanzentreibstoffe als eine Quelle der ländlichen Entwicklung erwähnt werden«, wo sich in der Praxis doch – zumindest bis heute – erwiesen hat, dass »von der Produktion von Pflanzentreibstoffen vor allem große Agro-Exportunternehmen profitieren, die die natürlichen Ressourcen des Südens nutzen, um den Durst des Nordens nach erneuerbaren Energien zu befriedigen«.

Die Wurzeln des Problems werden in diesem Aktionsplan nicht angegangen und die sind für de Schutter: »Nahrungsmittelmärkte, die von den Energiemärkten hochgradig abhängig sind, unverantwortliche Bestrebungen zur Steigerung der Produktion und der Nutzung von Pflanzentreibstoffen und Spekulation, die sich nicht auf einige Investoren reduzieren lässt, die die Preise manipulieren.« Statt eines Schritts in die richtige Richtung sei »ein ehrgeiziger Sprung nach vorne« erforderlich.

Alternativer Nobelpreis gegen Land Grabbing

Appell gegen Landraub

Anlässlich des G20-Agrarministertreffens in Paris wird der französischen Regierung ein Appell gegen den anhaltenden globalen Landraub überreicht. Dieser wird von über 500 Bauern-, Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen getragen und fordert ein Ende des Land Grabbing.¹⁰ Die besondere Brisanz: viele der privaten Investoren kommen aus den Ländern der G20. Auf dem Weltsozialforum im Februar im Senegal wurde die »Dakar-Erklärung gegen Landraub« von einem Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen wie dem globalen Bauernnetzwerk La Via Campesina und der Menschenrechtsorganisation FIAN initiiert. Zu den Unterzeichnern gehört auch die Organisation »Genetic Resources Action International« (GRAIN), die 2011 mit dem auch als »Alternativer Nobelpreis« bezeichneten Right Livelihood Award ausgezeichnet wird. GRAIN erhält den Preis für ihren Einsatz gegen Land Grabbing und dafür, dass sie die Aneignung von Ackerland durch große Finanzinvestoren zu einem internationalen Thema gemacht hat.

Atomausstieg und Energiewende auf dem Land

Nach der Atomkatastrophe im japanischen Fukushima im März 2011 beschließt der Bundestag im Juni den Ausstieg aus der Atomenergie bis spätestens Ende 2022 und die Bundesregierung verkündet den Einstieg in das Zeitalter der erneuerbaren Energien, das 2050 erreicht sein soll. Die von CDU/CSU und FDP noch im Herbst 2010 gegen starke Proteste als »Brückentechnologie« beschlossenen AKW-Laufzeitverlängerungen werden wieder zurückgenommen. »Der Umbau der globalen Energiewirtschaft auf regenerative Energieträger gehört zu den großen

Herausforderungen dieses Jahrhunderts. Die globale Energiewende ist grundsätzlich machbar, denn Sonne, Wind, Erdwärme, Wasserkraft et cetera liefern weit mehr Energie als die Menschheit benötigt«, verkündet der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik beim BMELV.¹¹

Das wichtigste Instrument für den Ausbau der erneuerbaren Energien ist das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Der Zweck des EEG ist es, »insbesondere im Interesse des Klima- und Umweltschutzes eine nachhaltige Entwicklung der Energieversorgung zu ermöglichen, die volkswirtschaftlichen Kosten der Energieversorgung auch durch die Einbeziehung langfristiger externer Effekte zu verringern, fossile Energieressourcen zu schonen und die Weiterentwicklung von Technologien zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien zu fördern.« Dazu verfolgt das EEG »das Ziel, den Anteil Erneuerbarer Energien an der Stromversorgung mindestens zu erhöhen auf 35 Prozent spätestens bis zum Jahr 2020, 50 Prozent spätestens bis zum Jahr 2030, 65 Prozent spätestens bis zum Jahr 2040 und 80 Prozent spätestens bis zum Jahr 2050 und diese Strommengen in das Elektrizitätsversorgungssystem zu integrieren«. Im Jahr 2010 lag der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromversorgung bei insgesamt 16,8 Prozent. Davon waren: Wind 6,0 Prozent, Wasserkraft 3,3 Prozent, Solar 2,0 Prozent, biogene Festbrennstoffe 2,0 Prozent, Biogas 2,1 Prozent, Klär- und Deponiegas 0,3 Prozent und Sonstige 1,1 Prozent.

**Globale Energiewende
grundsätzlich machbar**

Probleme der bisherigen Biogaserzeugung

Bereits die Biogas-Erzeugung in dieser Größenordnung hat unter den in den vergangenen Jahren herrschenden Rahmenbedingungen zu einer Reihe von Problemen geführt: Da die Erzeugung größtenteils auf der Basis von Mais als Gärsubstrat erfolgt, ist der Anbau von Energiemais in den letzten Jahren deutlich ausgeweitet worden und hat regional zu einer »problematischen Verengung« von Fruchtfolgen, insbesondere in Futterbau- und Veredlungsregionen geführt. In einzelnen Kreisen werden mittlerweile mehr als 50 Prozent der Ackerfläche mit Mais bestellt. Die »Vorzüglichkeit der ackerbaulichen Flächennutzung« im Vergleich zur Grünlandnutzung ist gestiegen und Grünland vermehrt umgebrochen worden. In viehintensiven Regionen kommt es zu besorgniserregenden Erhöhungen der durch Biogasanlagen verursachten Nährstoffüberschüsse. Im Bundesdurchschnitt stammten 2010 circa zehn Prozent der organischen N-Zufuhr auf landwirtschaftliche Flächen aus Gärresten pflanzlicher Erzeugung.¹²

**Problematische
Verengung
der Fruchtfolgen**

Zu den agrarstrukturellen Auswirkungen gehören die regional stark angestiegenen Pachtpreise sowie eine »Gefährdung der Wettbewerbsfähigkeit« für die »Sektoren Milch und Rindfleisch«, denn Biogasanlagen bieten »eine wirtschaftliche Verwertung des Mais, die durch die Viehhaltung nachhaltig kaum zu erzielen sein wird«. Inzwischen sind insbesondere »in Ostdeutschland einzelne Investoren aktiv geworden, die – gestützt auf der sicheren Planungsgrundlage des EEG – Biogasanlagen in großem Stil errichten, die hierzu benötigten Flächen pachten oder kaufen und auf diese Weise die Wachstumsmöglichkeiten der ortsansässigen Agrarunternehmen begrenzen«, stellt im April 2011 der Wissenschaftliche Beirat fest.

**Ostdeutschland:
Biogasanlagen
im großen Stil**

Es geht auch anders

Es ist jedoch, nicht nur nach Ansicht der AbL, auch ein anderer Weg denkbar: In der Energiewende weg von nuklearen und fossilen Brennstoffen kann eine klimafreundliche Erzeugung von Biogas eine wichtige, wenn auch begrenzte Ergänzung von Energieeinsparung und von solaren und erneuerbaren Energiequellen sein: Die Biogas-Erzeugung kann zeitlich variabel gesteuert werden und mit seiner Speicherfähigkeit die saisonalen und wetterbedingten Schwankungen bei Wind und Sonne ausgleichen. Eine dezentrale Biogas-Erzeugung in bäuerlicher Hand kann ferner die Ressourcen besonders effektiv nutzen und zudem die bislang marktbeherrschende Position monopolistischer Energie-Konzerne deutlich einschränken. Biogas kann insbesondere Reststoffe im Rahmen betrieblicher Kreisläufe umweltfreundlich verwerten. Biogas-Erzeugung muss auf einer nachhaltigen Landbewirtschaftung und einer bäuerlichen Tierhaltung beruhen und die ländlichen Regionen stärken statt belasten.

**Dezentrale Erzeugung
in bäuerlicher Hand
gefordert**

Gülle ersetzt zwei AKW

Die elektrische Leistung von zwei Atomkraftwerken kann bei einer Entwicklung ausgereifter kleinerer Anlagen um die 50 Kilowatt allein durch die Nutzung der Gülle erschlossen werden. Hinzu kommen die Vorteile solcher Anlagen: hohe Klimawirkung, keine zusätzlichen Trans-

porte und zusätzliche Einkommen in ländlichen Regionen. Reststoffverwertung konkurriert mit keinen anderen Erzeugungen. Ziele wie Biodiversität, artgerechte Tierhaltung, Hygienestandards und nachhaltige Strukturen dürfen durch die gesetzten Impulse für erneuerbare Energien nicht konterkariert, sondern sollten aktiv unterstützt werden.

Weiterhin Großanlagen und Mais

Um eine so skizzierte positive Entwicklung einzuleiten, ist ein EEG erforderlich, welches unter anderem eine entsprechende Vergütung (Grundvergütung; deutlich gestaffelt zugunsten kleinerer Anlagen) und eine den oben genannten Zielen entsprechende Differenzierung der Rohstoffvergütung (zwischen den Rohstoffklassen und gestaffelt nach Anlagengröße innerhalb der jeweiligen Klasse) beinhaltet. Mit dem im Rahmen des Energiewende-Paketes beschlossenen EEG wird das nicht erreicht. Im Gegenteil: Die erweiterte Förderung großer Biogasanlagen und eine unzureichende Begrenzung des Maiseinsatzes gehen zu Lasten einer nachhaltigen, dezentralen und regionalverträglichen Energieerzeugung in bäuerlicher Hand. Die KTG Agrar AG, die in Ostdeutschland nach eigenen Angaben bereits über 26 000 Hektar (und in Litauen 7 100 Hektar) beackert und ihrer vorhandenen 20 Megawatt Biogasproduktionskapazität weitere im Bau befindliche zehn Megawatt hinzufügen will, sieht denn auch »optimistisch in die Zukunft« und will »weiter in Ackerland und Biogasanlagen investieren«.

Nachbesserung beim EEG erforderlich

Umstrittene Hofabgabeklausel

Im November beschließt die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur Neuordnung der Organisation der landwirtschaftlichen Sozialversicherung (LSV-NOG).¹³ Ein Bestandteil des agrarsozialen Sicherungssystems ist seit jeher auch die Alterssicherung der Landwirte (AdL) mit ihren Regelungen zur Hofabgabe, der sogenannten Hofabgabeklausel. Und die ist seit geraumer Zeit heftig umstritten.

Verstoß gegen das Gleichheitsprinzip?

Zur »normalen« gesetzlichen Rentenversicherung gibt es zwei deutliche Unterschiede: die berufsständisch organisierte Verwaltung der landwirtschaftlichen Alterskassen und eben die Hofabgabeklausel.¹⁴ Letztere besagt, dass Bauern ihre Rente nicht automatisch bei Eintritt in ein bestimmtes Rentenalter bekommen, sondern erst wenn sie den Hof respektive die Flächen an einen Nachfolger abgegeben, verkauft oder verpachtet haben. Einige Bauern, die sich zu einem »Arbeitskreis für die Abschaffung der Hofabgabeklausel« zusammengeschlossen haben,¹⁵ sehen in ihr einen Verstoß gegen das Gleichheitsprinzip des Grundgesetzes und die EU-Menschenrechtscharta. Mehrere haben vor verschiedenen Sozialgerichten Klage erhoben und wollen notfalls bis vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ziehen.¹⁶

Ausschließlich agrarpolitisch gewollt

Probleme erzeugt das gegenwärtige Recht in mehrerlei Hinsicht. Bei Einführung der Hofabgabeklausel 1957 kam es zu einer »sprunghaften Zunahme« der Abgaben im Rahmen des Generationenwechsels auf den Höfen. Das war damals agrarstrukturpolitisch so gewollt und das Ziel der Klausel. Und an dieser agrarstrukturpolitischen Begründung wird auch heute noch festgehalten. »Die Hofabgabeverpflichtung ist zwar Bestandteil der sozialrechtlichen Regelungen im Recht der AdL, sie ist aber [...] ausschließlich agrarpolitisch motiviert«, heißt es in einem Informationsblatt des BMELV.¹⁷ Mit der Realität auf vielen Höfen hat das jedoch nichts mehr zu tun. Oftmals gibt es keinen Hofnachfolger mehr und die Erfüllung der Klausel, die Abgabe an umliegende Betriebe, würde zu einer Zerschlagung bestehender Strukturen führen. Agrarpolitisch gewollt ist dann nicht mehr der Generationenwechsel, sondern das Wachstum der die Flächen übernehmenden Betriebe, eine Forcierung des Strukturwandels. Für kleine und mittlere Betriebe sieht der Arbeitskreis ein weiteres Problem: Die Rente plus geringe Pachteinnahmen liegen zusammengenommen häufig unter dem bundesweiten Existenzminimum. Diskriminierend ist die vorhandene Regelung auch für Frauen, denn bei Ehepaaren mit einem Altersunterschied von mehr als zehn Jahren kann nach gegenwärtigem Recht der Hof nicht an den Ehegatten respektive die Ehegattin abgegeben werden. Ferner ist die Rente der Bäuerin insofern von der Hofabgabe betroffen, als sie nicht gezahlt wird, wenn der Ehegatte den Hof weiterführt – obwohl sie doch eine eigenständige Alterssicherung für die Bäuerin darstellen soll.

Forcierter Strukturwandel statt Generationenwechsel

Die Konsequenz sind Scheinübergaben

All diese Probleme führen dazu, dass es in nicht unerheblichem Umfang (so wurde beispielsweise schon 1978 eine Größenordnung von 30 bis 40 Prozent genannt) zu sogenannten »Scheinübergaben« kommt, die statistisch natürlich nicht auftauchen. Der Deutsche Bauernverband verteidigt die Hofabgabeklausel unter anderem mit dem Hinweis auf das im europäischen Vergleich niedrige Durchschnittsalter der Betriebsleiter in Deutschland. Diesen Hinweis lässt der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages jedoch nicht gelten. So seien in Deutschland zwar nur sieben Prozent der Betriebsleiter über 65 Jahre (EU-Durchschnitt 33 Prozent). In Frankreich seien es trotz vorhandener verpflichtender Hofabgabeklausel zwölf Prozent und in Österreich blieb der Anteil von 17 Prozent auch nach der Abschaffung der Hofabgabeklausel im Jahr 1993 konstant. Es muss daher noch andere Gründe geben und er nennt als zentralen die Nachfolgesituation auf den Betrieben, denn mittlerweile stehen »im Bundesdurchschnitt nur mehr in einem Drittel der Betriebe (und für weniger als die Hälfte der landwirtschaftlichen Flächen) Nachfolger aus der Familie zur Übernahme bereit«. ¹⁸ Probleme mit der Klausel erkennt aber auch der DBV an. Eine generelle Abschaffung der Hofabgabeklausel wird jedoch abgelehnt. ¹⁹ Da mag auch eine Rolle spielen, dass der Bauernverband und seine Landesverbände als Träger der Sozial- und Rechtsberatung, die über die Alterskassen abgerechnet wird, jährlich circa zwei Millionen Euro erhalten. ²⁰

**Bauernverband
verteidigt
Hofabgabeklausel ...**

**... und profitiert
von ihr**

Modifizieren ja, abschaffen nein

Der Position des Bauernverbands hat sich die Bundesregierung mit ihrem Entwurf angeschlossen und bleibt damit auf der in den letzten Jahren immer wieder vertretenen Linie: Modifizierungen ja, Abschaffung nein. Letztmalig hatte der Bundestag anlässlich eines Antrages von Bündnis 90/Die Grünen, der auf eine Abschaffung der Klausel zielte, mit den Stimmen der Regierungskoalition an der Hofabgabeklausel festgehalten. Der jetzige Gesetzentwurf sieht dementsprechend eine »Anpassung« im Wesentlichen zu folgenden Punkten vor:

- Zukünftig kann gewerbliche Tierhaltung auf Rückbehaltsflächen abgabeunschädlich betrieben werden. Bisher war dies lediglich auf nicht abzugebenden Flächen zulässig, eine gewerbliche Tierhaltung auf den eigenen, zulässigerweise nicht abgegebenen Flächen führte hingegen zum Verlust des Rentenanspruchs.
- Die Hofabgabe von Gesellschaftern wird erleichtert.
- Als weitere Modifizierung der Hofabgabeverpflichtung wird die Unternehmensabgabe unter Ehegatten erleichtert und künftig generell auf eine Altersgrenze verzichtet, »weil es sich um eine überschaubare Anzahl von Fällen handelt«. ²¹

**Bundesregierung
folgt der Position des
Bauernverbands**

Mit diesem Entwurf wird die Diskussion um die Sinnhaftigkeit und die agrarpolitische Bedeutung der Hofabgabeklausel nicht beendet sein und es ist äußerst fragwürdig, ob ihre Beibehaltung von einer Mehrheit der Bauern und Bäuerinnen befürwortet wird. Bei einer Umfrage auf top agrar Online sprachen sich 55 Prozent der über 1 000 Teilnehmer für eine ersatzlose Streichung aus. Nur knapp ein Viertel war für eine Beibehaltung.

»Meine-Landwirtschaft« auf der Straße

Am 21. Januar 2012 gehen Verbraucher, Tierschützer, Umweltschützer, Imker und Bauern wieder gemeinsam auf die Straße. Zu einer erneuten Demonstration unter dem Motto »Wir haben es satt« lädt der Trägerkreis des Bündnisses »meine-landwirtschaft.de« nach Berlin ein. Am selben Tag findet hier auf Einladung der Bundesregierung der Internationale Agrarministertag statt. Das Bündnis will der Öffentlichkeit und der Politik zeigen, dass es Zeit ist zum Umdenken in der Agrar- und Ernährungspolitik. In den kommenden Monaten werden die Weichen für die zukünftige EU-Agrarpolitik gestellt und die Bundesregierung hat ihre Blockadehaltung noch nicht aufgegeben, obwohl sie sehen muss, dass das Motto des Bündnisses »Bauernhöfe statt Agrarfabriken« auf breiteste Resonanz und Akzeptanz in der Gesellschaft trifft. Das zeigt auch die gegen Ende des Jahres 2011 begonnene Aktion »Bauer hält Hof«, bei der interessierte Bürger und Bürgerinnen auf die Höfe eingeladen werden, um sich die landwirtschaftliche Rea-

**»Bauernhöfe
statt Agrarfabriken«**

lität zeigen und schildern zu lassen und so vielleicht selber zu einem Träger der Idee »Bauernhöfe statt Agrarfabriken« zu werden.

Zusammenarbeit beendet

Ein anderes Bündnis hat unterdessen die Zusammenarbeit aufgekündigt. Umweltverbände, Imker und Vertreter der Wasserwirtschaft stellen im November 2011 mit sofortiger Wirkung ihre Mitarbeit im Forum des Pestizid-Aktionsplans des BMELV ein, da das Ministerium sich bei dem Aktionsplan an den Interessen der Agrarindustrie orientiere und sich immun zeige gegen Vorschläge, die Pestizidbelastungen ernsthaft zu senken. Konkreter Anlass ist die Verabschiedung des Pflanzenschutzgesetzes und des darin verankerten »Aktionsplans zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln« (Nationaler Pestizid-Aktionsplan, NAP) im Bundesrat. Bereits seit 2004 engagierten sich die Verbände in dem vom BMELV moderierten »Forum«. »Für das Bündnis ist nicht ersichtlich, dass das federführende Bundeslandwirtschaftsministerium tatsächlich daran interessiert ist, die Menschen und ihre Umwelt vor den negativen Auswirkungen des Pestizideinsatzes zu schützen und verbindliche Vorgaben, wie die Reduzierung des chemischen Pflanzenschutzes, ernsthaft umzusetzen«, so Carina Weber, Geschäftsführerin des Pestizid Aktions-Netzwerk e.V (PAN), das gemeinsam mit dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Greenpeace, dem Naturschutzbund (NABU), dem Berufs- und Erwerbsimker Bund (DBIB) sowie dem Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) zu dem Aktionszusammenschluss gehört – der es jetzt »satt hat«.

Pestizid-Aktionsplan: BMELV verliert Glaubwürdigkeit

Anmerkungen

- 1 Informationen zum Bündnis, Mitgliedsorganisationen sowie Positionspapiere finden sich unter www.meine-landwirtschaft.de.
- 2 Die Verbändeplattform ist ein Zusammenschluss von circa 30 Verbänden aus Umwelt- und Naturschutz, Landwirtschaft, Entwicklungspolitik, Tier- und Verbraucherschutz. Die Verbändeplattform wird von Euronatur in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) koordiniert. Zur Verbändeplattform: www.die-bessere-agrarpolitik.de.
- 3 Deutsche Bank Research: Minderung des Klimawandels durch Landwirtschaft. Frankfurt am Main, Oktober 2011.
- 4 Agrarministerkonferenz am 28. Oktober 2011 in Suhl, Ergebnisprotokoll.
- 5 H. de Haen und L. Reisch: Charta für Landwirtschaft und Verbraucher. Ergebnisse des Dialogs mit gesellschaftlichen Gruppen. Handlungsfelder und -empfehlungen. Göttingen/Kopenhagen im Sept. 2011.
- 6 Ebenda, S. 12.
- 7 Ebenda, S. 16.
- 8 Ebenda, S. 15.
- 9 Stellungnahme von Olivier De Schutter zum G20-Aktionsplan zur Preisvolatilität bei Nahrungsmitteln und zur Landwirtschaft (<http://baustellen-der-globalisierung.blogspot.com/2011/06/g20-aktionsplan-gegen-die-symptome-aber.html>).
- 10 Näheres unter www.fian.de.
- 11 Wissenschaftlicher Beirat für Agrarpolitik beim BMELV: Förderung der Biogaserzeugung durch das EEG; Stellungnahme zur geplanten Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. Berlin, April 2011, S. 2.
- 12 Ebenda, S. 10.
- 13 Gesetzentwurf zur Neuordnung der Organisation der landwirtschaftlichen Sozialversicherung (LSV-Neuordnungsgesetz – LSV-NOG), Bundesregierung, Berlin 2011.
- 14 H. Goeser et al.: Zur Hofabgabe im Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte. Wissenschaftlicher Dienst des Bundestages, Infobrief, WD 5 – 3010 – 129/11; WD 6 – 3010 – 148/11; im folgenden als WD plus Seitenzahl zitiert.
- 15 Informationen zum Arbeitskreis unter www.hofabgabeklausel.de.
- 16 Unabhängige Bauernstimme 07/2011, S. 16.
- 17 BMELV: Informationen zu den Modifizierungen der Hofabgabeverpflichtung in der Alterssicherung der Landwirte im Entwurf des Gesetzes zur Neuordnung der Organisation der landwirtschaftlichen Sozialversicherung (LSV-NOG) (Stand: November 2011).
- 18 WD, S. 10 f.
- 19 Unabhängige Bauernstimme 12/2011, S. 8.
- 20 Unabhängige Bauernstimme 07/2011, S. 16.
- 21 Ebenda, S. 11.



Friedhelm Stodieck

ehemaliger Redakteur der Unabhängigen Bauernstimme und Mitglied in der Redaktionsleitung des Kritischen Agrarberichts.

Turmstr. 2, 33790 Halle-Eggeberg
E-Mail: kuhsprung@aol.com

Der Paradigmenwechsel

Neue Studien fordern eine nachhaltige Landwirtschaft

von Benedikt Haerlin

Dreht sich die Erde um die Sonne oder umgekehrt? Paradigmen nennt man in der Wissenschaft Grundannahmen, die bestimmen was gefragt, bewiesen und überprüft wird. Sie bilden das Gerüst, auf das sich die Wissenschaftler einigen, um Erkenntnisse und Beweise einzuordnen – nie gänzlich frei von Weltanschauung. Wer im politischen Geschäft ein bisschen dicker auftragen will, spricht heute auch gerne von einem Paradigmenwechsel. Gewechselt wird ein Paradigma nicht bereits dann, wenn es widerlegt ist; es muss auch eine Alternative zur Verfügung stehen, die den Stand des Wissens besser integriert.

In der Agrarpolitik internationaler Institutionen ist gegenwärtig ein solcher Paradigmenwechsel zu beobachten. Zur Disposition steht nicht weniger als das alles überragende Ziel, mit immer kleinerem Aufwand immer mehr zu produzieren. Die Erkenntnis, dass die ökologischen und sozialen (»externen«) Kosten steigender Produktion deren Grundlage gefährden, setzt sich durch. Natürlich sind die Schlussfolgerungen daraus verschieden.

Die veränderte Zielsetzung aber gilt mittlerweile als unabweisbar: Volle Integration der ökologischen Kosten, massive Reduktion der Emission von Klimagasen, Pestiziden und Nährstoffen und des Verbrauchs fossiler Energie, Vermeidung von Abfall, Verlusten und Verschwendung von Lebensmitteln und auch von gesundheitlich, sozial und ökologisch schädlichem Verbrauch, besonders von tierischen Produkten. Stattdessen Investition in agrar-ökologische Systeme, die durch gemeinschaftlich angepasste landwirtschaftliche Methoden und ökologische Konzepte vor Ort ein Maximum an verlässlicher regionaler Eigenversorgung mit Lebensmitteln auch bei extremen Wetterlagen garantieren. Kurz: Der Abschied von der fossilen, industriellen Landwirtschaft des vergangenen halben Jahrhunderts ist eingeläutet.

**Veränderte
Zielsetzung**

Kein »Weiter so!«

Der Weltagrарbericht der UNO und Weltbank (IAASTD)¹ war es, der 2008 den Sicht-Wechsel unter dem Schlagwort »Weiter wie bisher ist keine Option« eingeleitet hatte. Gemeint war das Wachstumskonzept der industriellen Landwirtschaft und der Grünen Revolution in Asien, das heute droht, die Grundlagen unserer Ernährung zu zerstören und eine Milliarde Menschen hungrig lässt. Die ersten Reaktionen der Industrie, aber auch der Weltbank und FAO, des deutschen und des US-amerikanischen Landwirtschaftsministeriums, von vielen Wissenschaftlern und der Agrarlobby waren zunächst klassisch: ignorieren, entwerten, lächerlich machen, zur Tagesordnung übergehen. Drei Jahre später gehören die wesentlichen Botschaften des Weltagrарberichtes zum Standard wissenschaftlicher und institutioneller Analyse. Dass es auf die Kleinbäuerinnen dieser Welt ankommt, wenn wir von Raubbau auf Nachhaltigkeit umschalten wollen, dass wir eine Vielfalt agro-ökologischer Maßnahmen brauchen und haben, Hunger letztlich nur vor Ort zu überwinden ist und wir massiv in widerstandsfähige, lokale Agrarsysteme investieren müssen und in das dafür nötige traditionelle und moderne Know-how der Bauern und Dörfer. All diese Zumutungen an die Gewissheiten industrieller und chemischer Landwirtschaft stehen mittlerweile im Zentrum der Überlegungen. Ein kurzer Blick in die internationale Veröffentlichungsliste des Jahres 2011 lohnt sich.

**Weltagrарbericht:
Seine Botschaft
ist angekommen**

**Mangel statt
Wachstum**

Zunächst war da ein Zukunfts-Bericht von Experten des Ständigen Ausschusses für Agrarforschung der EU (SCAR-Bericht), dem insgesamt 37 Agrarministerien Europas angehören: »Nachhaltiger Verbrauch und Produktion von Lebensmitteln in einer Welt begrenzter Ressourcen.«² Er fordert eine radikale Wende in der Agrarpolitik und -forschung. Ihr künftiges Mantra müsse der Mangel, nicht das Wachstum sein, genauer gesagt eine Vielzahl von Mängeln: an Lebensmitteln, an natürlichen Ressourcen (Boden, Wasser, Artenvielfalt), an weiterer Belastbarkeit der Ökosysteme, aber auch an Wissen und verfügbarer Zeit zur Anpassung an schwer kalkulierbare, plötzliche Systemveränderungen. So alarmierend die Betrachtung der einzelnen Faktoren schon sei, so unberechenbar könnten die Folgen ihres Zusammenwirkens und seiner Rückkoppelungseffekte sein.

**Eine neue »Politik des
Genugs« gefordert**

Noch klarer als der Weltagrarbericht spricht der SCAR-Bericht von zwei unterschiedlichen Weltansichten in der Agrarforschung. Dem produktivistischen Paradigma, das nach wie vor in der Steigerung der Produktion plus ökologischer Effizienzverbesserung ihr Heil suche, stehe ein am Erforderlichen und Verfügbaren orientiertes Suffizienz- oder Genügsamkeitsparadigma gegenüber: nicht mehr als nötig produzieren, den Verbrauch an Wohlstand und Gesundheit statt an Wachstum orientieren. Dieses »Genug« müsse in Zukunft in Forschung wie Politik absolute Priorität haben, so wichtig auch die Effizienzsteigerung herkömmlicher Agrarsysteme im Übergang bleibe.

**Abkehr vom
Immer mehr**

In das gleiche Horn der Integration von Angebot und Nachfrage in Strategien zur Meisterung des »noch nie dagewesenen Drucks« aus Nachfragesteigerung, Klimawandel, Ressourcenknappheit, Konkurrenz um Land und Süßwasser und globaler Marktentwicklung stößt ein Bericht der britischen Regierung: »Die Zukunft von Lebensmitteln und Landwirtschaft – Herausforderungen und Entscheidungen für globale Nachhaltigkeit«. Der Wirtschafts- und Sozialbericht der Vereinten Nationen fordert unter dem Titel »The Great Green Technological Transformation«³ (die große grüne technologische Transformation) ein »nachhaltiges Agrarinnovations-system«, das sich im Wesentlichen an den Empfehlungen des Weltagrarberichts orientiert.

Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung für globale Umweltfragen, WBGU, empfiehlt einen »Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation«⁴, in der die Landwirtschaft den Erfordernissen des Klimawandels angepasst und Lebensmittel unter anderem nach ihrer Ressourcenintensität besteuert werden sollten. Auch der Bericht des Büros des Deutschen Bundestages für Technologiefolgeabschätzung »Forschung zur Lösung des Welternährungsproblems – Ansatzpunkte, Strategien, Umsetzung«⁵ fordert eine Abkehr von der »Mengenperspektive« und ein ganzheitliches Ernährungskonzept.

**Agrarökologische
Lösungsansätze**

Der jährliche Bericht des Worldwatch Instituts zur »Lage der Welt« hat agrarökologische Lösungsansätze der Landwirtschaftskrise vor allem in Afrika unter dem Titel »Innovationen, die die Welt ernähren«⁶ gesammelt, die eindrucksvoll belegen, welche gigantischen Fortschritte kleine, unscheinbare Projekte vor Ort bewirken. Interessant an der Untersuchung ist politisch vor allem, dass sie von der Bill & Melinda Gates Foundation finanziert wurde, die mit ihren Milliarden zur weltweit tonangebenden Stiftung für Agrar-Entwicklungshilfe geworden ist und dabei von einem Ex-Monsanto Vize geleitet wird.

Sparen und wachsen

**Neue Töne bei
der FAO**

»Das gegenwärtige Paradigma des Intensivanbaus wird den Herausforderungen des neuen Jahrtausends nicht mehr gerecht. Um zu wachsen muss die Landwirtschaft lernen zu sparen und zu erhalten,« schreibt kein geringerer als der indische »Vater der Grünen Revolution« M. S. Swaminathan in der Einleitung zu der programmatischen Schrift der Welternährungsorganisation FAO »Save and Grow« (Sparen/Erhalten und Wachsen).⁷ Es ist die wichtigste Publikation in der Reihe der Paradigmen-Wechsler des Jahres 2011.

Die Welternährungsorganisation FAO, die im SCAR-Bericht noch als die Vertreterin des Produktivismus präsentiert wurde, bleibt zwar bei der Forderung nach enormen Produktionssteigerungen und bricht auch keineswegs mit den Technologien des vergangenen Jahrhunderts. Doch die radikal veränderte Zielsetzung ist unüberhörbar.

Nicht mehr die bisher geforderte Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion um 70 Prozent, sondern die Steigerung der Lebensmittelproduktion in den Entwicklungsländern ist das

nun postulierte Ziel. Eine bemerkenswerte Veränderung. Der Einsatz von Mineraldünger und Pestiziden wird im Wesentlichen unter dem Gesichtspunkt massiver Reduktion behandelt.

Im »neuen Paradigma« der »nachhaltigen Intensivierung des Anbaus« (sustainable crop production intensification, SCPI) stehen Mulchen, Leguminoseneinsatz, Fruchtwechsel und pfluglose Bodenbearbeitung ganz oben. Sozial wie ökologisch nachhaltige Agrar-Systeme treten an die Stelle von Einzeltechnologien. Die Bodenfruchtbarkeit rückt wieder in den Mittelpunkt, Agro-Forstsysteme und viele andere agrar-ökologische Ansätze dominieren die Beispiele der neuen Intensivierung. Das hohe Lied der Verbreitung von Hochleistungssorten wird ergänzt durch die Forderung nach Beteiligung der Bauern, ihrer traditionellen Sorten und Wissenssysteme. Hinzu kommen massive Zweifel am gegenwärtigen Patent- und Sortenschutzsystem, seinen »anti-gemeinschaftlichen« Auswirkungen und an der Fähigkeit der sechs weltbeherrschenden Konzerne, da zu liefern wo am nötigsten gebraucht wird.

**Bodenfruchtbarkeit
wieder im Zentrum**

Nichts ist unmöglich ...

»Und sie bewegt sich doch!« möchte man hoffnungsvoll ausrufen. Wäre da nicht die eklatante Diskrepanz zwischen den neuen Tönen der Institutionen und dem realen Verhalten von Markt und Politik. Während die einen zu formulieren beginnen wie der Weg aus der Sackgasse industrieller Landwirtschaft aussieht, galoppieren die Märkte mit ungebremster Wut in exakt die entgegengesetzte Richtung: Der Lebensmittelpreis-Index liegt heute über den bisherigen Rekordmarken des Jahres 2008, angeheizt durch Biosprit und -energie, Agrarspekulation und neokoloniale Landnahme von Investoren, die den künftigen Mangel als großartiges Geschäft sehen.

**EU-Agrarreform:
Einmalige Chance ...**

Die einmalige Chance eines politischen Paradigmenwechsels bei der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union scheint bereits fast verpasst. Weder die Vorschläge der EU-Kommission noch die reflexhaften, nationalen Reaktionen der Agrarminister noch der Minimalkonsens des Europäischen Parlaments geben Anlass zu Hoffnung: Keine klaren Umwelt- und Nachhaltigkeits-Ziele, kein Herz und keine Perspektive für die Kleinbauern Europas, die zu Millionen vor dem Aus stehen. Kein Verzicht auf unanständig billigen Import von Agrarrohstoffen aus ökologischen und auch humanitären Krisenregionen. Kein Abschied vom subventionierten Export von »Veredelungs«-Produkten, deren ökologischer Fußabdruck zum Himmel stinkt.

... verpasst?

Es wäre wohl ein regelrechter Bürger-Aufstand nötig, um die Umsetzung der offiziellen wissenschaftlichen Empfehlungen zum Überlebenssthema Ernährung jetzt auch gegen die Lobby der Profiteure zügig in politisches Handeln umzusetzen. Nichts ist unmöglich ...

Anmerkungen

- 1 International assessment of agricultural knowledge, science and technology for Development (IAASTD): Agriculture at a crossroads. (www.agassessment.org). Siehe auch www.weltagrabericht.de, dort finden sich auch die meisten der im Folgenden erwähnten Studien.
- 2 Ständiger Ausschuss für Agrarforschung der Europäischen Union (SCAR) (2011): Sustainable food consumption and production in a resource-constrained world.
- 3 Download: www.un.org/en/development/desa/policy/wess/index.shtml.
- 4 Download: www.wbgu.de/hauptgutachten/hg-2011-transformation/.
- 5 Download: www.tab-beim-bundestag.de/de/publikationen/berichte/ab142.html.
- 6 Worldwatch Institute: State of the world 2011: Innovations that nourish the planet. Deutsche Ausgabe (Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung): Zur Lage der Welt 2011. Hunger im Überfluss. Neue Strategien gegen Unterernährung und Armut. München 2011.
- 7 FAO: Save and grow – A policymaker's guide to the sustainable intensification of smallholder crop production. Rome 2011.



Benny Haerlin

leitet das Berliner Büro der
Zukunftsstiftung Landwirtschaft

Zukunftsstiftung Landwirtschaft
Marienstr. 19/20, 10117 Berlin
E-Mail: haerlin@zs-l.de